

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Abschreckung **Kein Konzept für die Zukunft** **... oder doch?**

multipolar

Atomare Zerstörungsgarantie
MAD: Ein historischer Abriss
50 Jahre NPT-Vertrag
Russland und die Abschreckung
Atomkrieg – eine Schimäre!

WeltBlick

Zum Singapur-Gipfel
Regierungswechsel in Spanien

Analyse

R2P: Krieg für Menschenrechte?

Jürgen Trittin

Trump ernst nehmen!



ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-95-8



4 191574 104808 08

4

WeltBlick

- 4 Zum Gipfel zwischen Trump und Kim
Roland Benedikter
- 8 Regierungswechsel in Spanien
Mario Kölling



12

Trump ernst nehmen!

Ein Gastkommentar von Jürgen Trittin

15

Neues aus dem Institut



16

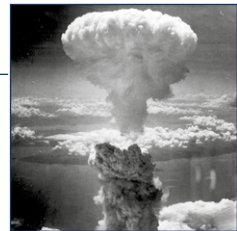
Unterschiedliche Erinnerungen an den Holocaust

Eine Replik von Paweł Stachowiak

20

Thema: Abschreckung

- 20 Gesetz des Atomzeitalters
Wolfgang Scheler
- 25 MAD: Ein historischer Abriss
Wolfgang Schwarz
- 31 Russland und die Abschreckung
Siegfried Fischer und Dmitri Trenin
- 44 Bedrohung durch einen Atomkrieg? Eine Schimäre!
Lutz Kleinwächter





Analyse: Krieg für Menschenrechte?

52

Gregor Schirmer

Historie: 50 Jahre Nichtverbreitungsvertrag

58

Hubert Thielicke



Bücherschau

64

Von Grenzen und Vereinten Nationen

Brief an die Redaktion

68

Impressum

69



Nur Krisenprävention bringt Frieden!

70

Ein Kommentar von Hans J. Giessmann

Wort und Strich

72

Nur Krisenprävention führt zu stabilem Frieden!

Hans J. Giessmann

Im jüngsten Gutachten deutscher Friedensforschungsinstitute ist von einer dreifachen Krise die Rede, praktisch von einem Krisenbündel. Der Ruf nach einfachen Antworten, zunehmend auch nach mehr Militär, ist im öffentlichen Raum nicht mehr zu überhören. Ist aber effizientes Krisenmanagement der Weg zu mehr Frieden und Sicherheit? Was, wenn die Krisen bereits nicht mehr – und ohnehin schon gar nicht militärisch – zu managen sind? Dieser Kommentar mahnt zur Prävention. Selten bestimmt diese die Schlagzeilen, doch ihr Potenzial wird zu Unrecht unterschätzt.

Das *Friedensgutachten 2018* führt als erstes Krisenopfer die globale Ordnung an. Sie erfasst das System des internationalen Rechts, aber auch die es tragenden internationalen Institutionen. Nicht allein an der Trump-Regierung liegt es, dass beider Autorität zunehmend unterminiert wird. Weder das Rechtssystem noch die globalen Institutionen zeigen sich bisher imstande, überzeugende Ansätze zur Schaffung einer kollektiven Friedensordnung zu entwickeln. Als zweites Krisenopfer gilt die liberale Demokratie. Der Anspruch auf deren Vorbildrolle hat sich in vielen Teilen der Welt verbraucht. Ihr Heilsversprechen wurde im Weltmaßstab nicht nur nicht eingelöst, sondern selbst in ihren Galshüter-Ländern vertieften sich Risse, die zumindest die Glaubwürdigkeit, vielleicht sogar die Überlebensfähigkeit des Modells infrage stellen. Die erstarkenden populistischen Bewegungen in Polen, Ungarn, Österreich, zuletzt Slowenien und auch in Deutschland sind über das Stadium von Einzelfällen längst hinaus. Hiermit hängt die drittgenannte Krise des Multilateralismus zusammen – vom Klimaschutz bis zur Rüstungskontrolle. Eine vierte Krise fehlt übrigens, dabei ist sie vielleicht das größte Menetekel der allmählich zerbröselnden Ordnung: die Veränderung unserer Lebenswelt durch die „Cyber-“Realität und die sprunghaft gewachsene existenzielle Verwundbarkeit buchstäblich aller Lebensbereiche. Der Wucht dieser Krisen ist nicht durch Instrumente zu begegnen, die sich bereits in der Vergangenheit als untauglich erwiesen haben. Unilateralismus und Nullsummenspiele sind ungeeignet. Dies gilt für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ebenso wie für Migrationspolitik und Rüstungskontrolle.

Wie aber kann den Krisen Einhalt geboten werden? Auf erfolgreicherer Krisenmanagement ohne Kooperation zu hoffen, erscheint naiv.

Vorteilhafte „Deals“ auf der Basis einseitiger Machtprojektion können im Einzelfall einer Partei etwas aufzwingen, sie führen aber kaum zur Veränderung von bestehenden Verhaltensweisen, sondern schaffen eher Anreize zur Bildung von Gegenmacht, entweder bereits im Verhandlungsprozess oder danach – weil der erzielte „Kompromiss“ als Sieg oder Niederlage einer Seite ausgelegt wird. Der bessere Weg ist ein bewährter: die gemeinsame Verhinderung eines Unheils, bereits bevor es sich auszuweiten beginnt.

Der jüngste Weltbankbericht „Wege zum Frieden“ gibt hierfür viele kluge Anregungen. Leider wurde er hierzulande kaum zur Kenntnis genommen. Worum geht es darin? Erstens, Prävention bedarf der Beteiligung vieler Akteure, denn der Umgang mit gesellschaftlichen Prozessen bedarf einer gesellschaftlichen Mitverantwortung. Zweitens, soziales Unrecht bleibt eine starke Quelle für politische Unzufriedenheit. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO können helfen, dieses Unrecht zu verringern. Ihr Vorteil: Sie sind bereits beschlossen, müssen (nur) umgesetzt werden. Drittens, Prävention gründet auf eine Kultur gewaltfreier Zusammenarbeit, die alternative Lernerfahrungen schafft. Sie muss schon im Kindesalter gefördert werden. Viertens, die Rolle der Zivilgesellschaft wächst in einer Welt, in der Staaten zwar weiter wichtig sind, aber nicht allentscheidend. Fünftens, Gewaltkonflikte können durch Verträge beendet, aber nicht gelöst werden. Hierzu bedarf es der Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen. Dialog und Mediation führen eher zum Ziel als Verhandlungen.

Prävention ist kein Selbstläufer, ihr Erfolg bleibt schwer zu messen. Die Erzählung von Erfolgen würde helfen, ihr die Anerkennung zu verschaffen, die sie verdient, um politische Durchschlagskraft zu entfalten. Hier besteht akuter Nachholbedarf, in der Wissenschaft und in den Medien, in der Zivilgesellschaft und in der politischen Praxis. 🌐

Prof. Dr. Hans J. Giessmann

geb. 1955, Politikwissenschaftler, Geschäftsführer der Berghof Foundation, Berlin, Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES)

giessmann@berghof-foundation.org

